

Rede 17.10.2007, Bundesrechnungsabschluss 2006

Frau Präsidentin! Herr Rechnungshofspräsident! Herr Staatssekretär!
Meine geschätzten Damen und Herren!

Wir werfen heute, wie das schon erwähnt wurde, im Abstand von zehn Monaten einen Blick auf den Budgetvollzug 2006. Das tun wir anhand objektiver, durch den Rechnungshof nunmehr festgestellter Zahlen und Fakten.

Dabei ist festzuhalten: Trotz positiver Wirtschaftsentwicklung mit einer realen Wirtschaftswachstumsrate über 3 Prozent, weniger Arbeitslosigkeit, einem besseren Leistungsbilanzsaldo und besserer Inflationsrate lag das öffentliche Defizit bei 1,7 Prozent des BIP.

Dazu bemerkt der Rechnungshof in seiner Abschlussfeststellung – ich zitiere –: Trotz dieser günstigen Voraussetzung verminderte sich der Abgang des Budget nur gering. – Zitatende.

Auch die öffentliche Verschuldung des Staates mit 159,1 Milliarden € oder 61,7 Prozent des BIP relativiert das erklärte Ziel der alten Bundesregierung, einer nachhaltigen Budgetkonsolidierung.

Gleichzeitig, und das ist eigentlich der wichtigste Inhalt des Rechnungsabschlusses, bleibt die Ungleichgewichtung der Steuerlasten bestehen: 90 Prozent der Einnahmen werden aus acht der 100 bestehenden Steuerarten erzielt. Das Lohnsteueraufkommen ist gestiegen, von 16,9 auf 18 Milliarden €, im Gegenzug ist die Einkommenssteueraufkommensrate gesunken. Die Zahlen im Bundesrechnungsabschluss 2006 belegen unsere Kritik. Verteilungspolitische Maßnahmen wurden außer Acht gelassen, die Entlastung der unselbständigen Beschäftigten hat nicht stattgefunden. Allerdings wurden Gewinne steuerlich entlastet oder begünstigt, während die Steuer- und Abgabenlast hauptsächlich auf der Ressource Arbeit verblieben ist.

Geschätzte Damen und Herren, wir stimmen dem Rechnungsabschluss trotzdem zu, und hoffen aber, dass in Zukunft die Inhalte anderer Art sein werden.